

KGW's Rundschreiben

27.05.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Wir erinnern an die Kernpunkte, die zur europäischen Integration führen sollten. Am 09.05.1950 (vor 65 Jahren) verlas der französische Außenminister Robert Schumann die Geburt der Europäischen Union. Das war insofern ein großer Schritt, als dass man nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufeinander zugeht und miteinander sprach. 1957 regelten die Verträge von Rom, dass die europäischen Staatsgrenzen geöffnet wurden. Am 01.01.1999 führten 11 Länder (die ansonsten ihre Souveränität behielten) die gemeinsame Währung ein. Bis heute wird immer noch darüber gestritten, ob eine vorherige oder gleichzeitig eingeführte politische Union nicht sinnvoller gewesen wäre. Die allerdings hätte man auf Grund der Unterschiedlichkeiten der Mitgliedsländer nicht unter einen Hut bekommen. Kürzlich veröffentlichte der griechische Soziologe Michael Kelpanides (lehrt an der Europa-Schule in Luxemburg), dass es keine europäische Identität gibt. Angesichts der großen Mentalitätsunterschiede hält er den Euro für eine „Fehlkonstruktion“. Mit dem Maastrichter Vertrag hat man sich Regeln für ein gegenseitiges Zusammenleben geschaffen. Diese wurde zwischenzeitlich allerdings (auch von Deutschland) unterlaufen. Der Euro hat kein Vertrauen zueinander geschaffen, keine gemeinsame Annäherung. Deutschland als Gallionsfigur der Eurozone wird zwischenzeitlich zum Buhmann. Nationale Ressentiments, die 70 Jahre und mehr zurück liegen (2. Weltkrieg), kommen wieder an die Oberfläche. Unterschiedliche Traditionen, die man nicht aufgeben will, Verschiedenartigkeiten des sozialen Status der Länder untereinander und wirtschaftliches Auseinanderdriften der Staaten lassen mit Sorge in die gemeinsame Zukunft Europas blicken. Als Beschleuniger bzw. Verstärker des gemeinsamen Auseinanderlebens kann man die Krise ansehen. Die Politik scheint auf der Stelle zu treten und seine Institutionen stellen sich als „lahme Enten“ dar. Man ruft nach der EZB (Europäische Zentralbank). Die ist allerdings nicht dazu da, politische Probleme zu lösen. Sie sollte als der „Dirigent“ für das europäische Banken- und Finanzsystem fungieren. Deshalb muss sie genauso unabhängig wie die Deutsche Bundesbank sein. Mit der Einführung des Euro hat Europa mehr Probleme bekommen. Jean-Claude Juncker ist der Ansicht: „Der Euro ist der Vater unserer künftigen europäischen Entwicklungen.“ Wenn „Papi“ keine grundlegenden Reformen durchsetzt, wird die Krise nicht gemeistert und wir sind meilenweit vom Ziel entfernt. Bestimmt ist es kein Rezept zu versuchen, die Schulden in Europa zu vergemeinschaften. Damit wächst das Risiko für deutsche Staatsschulden und schlussendlich trifft es den deutschen Steuerzahler.

Griechenland musste am 12.05.2015 einen IWF-Kredit tilgen. Man hat das mit Geldern aus dem Topf des IWF-Notfallkontos getan. Jedes IWF-Mitgliedsland unterhält beim Währungsfond 2 Konten: Griechenland eines mit ca. 1,36 Milliarden Euro und ein zweites, welches als Notfallkonto gedacht ist. Wenn dieses Konto genutzt wird, muss es allerdings nach wenigen Wochen wieder aufgefüllt werden. Durch diese Transaktion müssen die Griechen im Juni ca. 2,2 Milliarden Euro überweisen. Da weitere Zahlungen fällig werden, wird wohl im Juni die „Stunde der Wahrheit“ eingeläutet. Dann wird die Regierung in Athen in der Realität ankommen und sie werden erkennen, dass die europäische Staatengemeinschaft kein Verständnis dafür hat, dass „Steuerhinterziehung in Griechenland leider gesellschaftlich akzeptiert ist“ (Costas Bakouris, Transparency International). Es könnte dann der Vorschlag einer Parallelwährung wieder aktuell werden, den Thomas Mayer (Chefvolkswirt der Deutschen Bank) bereits im Mai 2012 gemacht hat. Angeblich hat er schon mit Tsipras und Yanis Varoufakis persönlich darüber gesprochen. Danach soll eine zweite Währung (neben dem Euro) eingeführt werden, um das Chaos einer Währungsreform zu vermeiden. Demnach würden die Griechen Löhne und Renten nicht mehr in Euro zahlen, sondern in „Geuro-Schuldscheinen“. Der Wechselkurs des „Geuro“ zum Euro könnte sich am Markt frei bilden, würde allerdings wohl stark fallen. Das würde bedeuten, in Euro sinken die Staatsausgaben ebenso, wie die Löhne. Im Ausland würden griechische Exportgüter billiger. Wenn die Griechen ihre Schuldscheine zurückkaufen würden, wäre es jederzeit möglich, zum Euro zurückzukehren. Man erinnere sich an das Jahr 2009, als man in Kalifornien Gehälter und Rechnungen in Schuldscheinen bezahlte und sie mit 3,75 % verzinst. Der griechische Sparer würde seine Einlagen nur in „Geuro“ zum Kurs 1:1 abheben dürfen. Damit würde die Kapitalflucht gebremst. Sollten die Griechen allerdings auf den Staatsbankrott zusteuern, wären die Banken auch schnell pleite und dann gäbe es keine andere Möglichkeit als den „Grexit“. Heute aber gibt es bereits Signale, dass die EZB im Falle der Pleite griechische Banken mit Euro-Notkrediten versorgen würde. Die Bundesregierung bringt als Argument für weitere finanzielle Hilfen an Griechenland die „GEO-Politik“. Das bedeutet, dass beim Ausscheren Griechenlands aus der Eurozone ein gewaltiger außenpolitischer Schaden in Europa angerichtet werden könnte. Das Land liegt in der Nähe zur Türkei. Es könnten hier beispielsweise islamistische Fundamentalisten einen Weg nach Europa finden.

Zwischenzeitlich spürt Europa den Terrorismus der islamistischen Milizen im Irak und Syrien. Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, ob Europas Sicherheit in Gefahr ist. Auf jeden Fall bedroht der IS (Islamischer Staat) den Frieden und die Weltwirtschaft. Im Oktober 2014 schrieb die Wirtschaftswoche, dass der IS der reichste und bestorganisierte Terrorkonzern der Welt ist. Seine Vorgehen dokumentiert er in Geschäftsberichten. Das Institute for the Study of War in Washington hat die Berichte ausgewertet. Für das Jahr 2013 konnten dem IS 1.083 Morde, 607 Granatenangriffe und 4.465 Sprengstoffanschläge nachgewiesen werden. Laufende Einnahmen sind Schutzgelder, der Schwarzhandel mit Öl, sowie die Plünderung der Zentralbank von Mossul, bei der 425 Millionen US-\$ erbeutet wurden. Für die Terroristen ist das Internet eine große Marketingplattform.

Die Geldpolitik der EZB treibt Aktienkurse und Immobilienpreise nach oben. Damit ist für den deutschen Anleger aber nicht mehr Wohlstand verbunden, denn die Niedrigzinsen machen ihn nicht reicher. Seit der Finanzkrise haben die Deutschen ihre Tagesgeldeinlagen mehr als verdoppelt (obwohl die Zinsen gleich 0 sind). Offenbar scheut man das Risiko mehr als Einlagen mit niedrigen oder sogar negativen Renditen. Die Deutschen meiden die Börse und sind schwerlich zum Umdenken zu bewegen. Für den Deutschen steht Sicherheit an erster Stellen, obwohl man sich darüber im Klaren sein muss, dass Bundesanleihen mit einer Laufzeit bis zu 10 Jahren Geld kosten (statt Zinsen zu bringen). Ähnlich ist es mit dem Sparbuch, das die Inflationsrate nicht ausgleicht. Der deutsche Aktienindex DAX ist seit Jahresbeginn um ca. 23 % gestiegen. Die Aktionärsquote der Deutschen liegt allerdings nur bei gut 6 %. Eine Anlage in „sichere Aktien“ sollte überdacht werden, denn man verschenkt Geld und den Wohlstand in der Zukunft.

Anfang Juni wird man sich erneut zum Spektakel des G7-Gipfels treffen, dieses Mal auf Schloss Elmau. 1975 startete man mit diesen Gesprächen. Heute verschlingt das 2-Tage-Treffen der 7 mächtigsten Staatschefs der Welt ca. 210 Millionen Euro. 15.000 Polizisten sind im Einsatz, um die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten. Ca. 5.000 Journalisten verfolgen das Ganze und 3.000 Delegationsmitglieder lässt man einfliegen. 1.800 freiwillige Helfer wird es geben. Es ist also eine Veranstaltung mit Marketingeffekt. Das lockt verständlicherweise gewaltbereite Demonstranten an. Der Freistaat Bayern investiert über 100 Millionen Euro in die Infrastruktur. Im Hotel selbst baut man auf Kosten des Steuerzahlers um. Der Schlossherr Dietmar Müller-Elmau hat für die Staatschefs 7 gleichgroße Suiten mit extragroßen Betten reserviert. Die Bundesregierung hat ab dem 22.05.2015 insgesamt 170 Räume für 3 Wochen komplett zum „normalen“ Tarif gemietet. Normaltarif bedeutet hier für 1 Woche im Einzelzimmer ab 1.400 € inkl. Halbpension. Vielleicht tut es dem Geldbeutel des Schlossherrn gut bzw. den umliegenden Gastronomen, die für eine Portion Leberkäs' 11,50 € verlangen. Zum Schluss erhebt sich die Frage, wem das Gipfeltreffen sonst noch etwas bringt.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Die Anti-Dumping-Zölle haben bewirkt, dass zurzeit kein Material aus China und Taiwan direkt nach Deutschland geliefert wird. Im Vorfeld hatte wohl niemand damit gerechnet, dass es sich so krass durchsetzen wird. Eine Auswirkung ist die Verlängerung der Lieferzeiten europäischer Hersteller. Man nennt zwischenzeitlich Termine von Oktober. Diese Terminverlängerung hat die Werke bereits dazu veranlasst, Preiserhöhungen von 150 €/to für Herbst 2015 auszusagen. Einkäufer von rostfreien Blechen und Bändern sollten ihre Disposition darauf ausrichten.

Der Aufsichtsrat der finnischen Outokumpu Nirosta GmbH hat beschlossen, Ende Juni das Bochumer Edelstahlwerk zu schließen. Von dieser Entscheidung sind ca. 200 Stahlwerker betroffen. Sie sollen von ThyssenKrupp oder durch Altersteilzeitregelungen aufgefangen werden.

Im Finanzkrisenjahr 2008 wurde der rasante Aufstieg von Schmolz & Bickenbach gestoppt. Das Geld der Alteigentümer reichte nicht aus und so sprang der russische Oligarch Viktor Veckselberg ein und erhöhte das Kapital. Er ist heute der größte Aktionär. Kürzlich wurde die Entscheidung bekannt, die Zentrale von Schmolz & Bickenbach von Düsseldorf nach Luzern (Schweiz) zu verlegen. Davon sind 80 Mitarbeiter betroffen. Die personellen Querelen sind wahrscheinlich der Hauptgrund, dass die Prognosen für die Zukunft nicht allzu rosig sind.

Die Rohstoffmärkte

Im März diesen Jahres waren die Rohstoffpreise auf einem ähnlichen Niveau wie zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1999. Es scheint aber so, dass die Talsohle erreicht ist und es preislich nicht tiefer gehen wird (oder kann). Ein Aufwärtstrend ist angesagt! Dabei wird entscheidend sein, wie der wichtigste Abnehmer am internationalen Markt, nämlich China, disponiert.

Die Preisänderungen für Nickel und Molybdän ergeben sich aus der hier aufgeführten Übersicht. Die International Nickel Study Group veröffentlichte kürzlich, dass es in diesem Jahr einen Nickelüberschuss von ca. 20.000 Tonnen geben wird. Man kann das bezweifeln, denn der aktuelle Lagerbestand an der LME liegt bei über 460.000 Tonnen.

Der Chrompreis ist noch bis Juni fix, so dass hier keine Veränderung erwartet wird.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
21.04.2015	1.076	12.770	12.780	433.962	1.193	1.617
26.05.2015	1.090	12.650	12.680	463.800	1.158	1.583

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476						
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598						
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278						
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189						
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242						
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821						
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794						
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335						
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850						

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200							
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640							

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team